

England will nicht mehr nachgeben

London, 5. Jan. Das Jahr 1932 hat für England mit schweren Sorgen begonnen. Niemand hatte erwartet, daß nach der Round Table-Konferenz, die zwar kein großer Erfolg war, aber doch als ein grundlegender Schritt auf dem Wege zu einem autonomen Indien angesehen werden muß, die Entwicklung in Indien so schnell eine gefährliche Zuspitzung erfahren würde. Man muß in englischen Regierungskreisen den Eindruck gehabt haben, daß die vor etwa vierzehn Tagen in den nordwestlichen Provinzen ausgebrochenen Unruhen auf die Initiative der Kongresspartei zurückgegangen sind, und das Signal zu einer allgemeinen Unruhenbewegung bedeuteten. Das erklärt auch, daß die indische Regierung sofort mit außerordentlicher Strenge gegen die Unruherde vorgegangen ist. — Die Absichten der Kongresspartei werden in London dahin ausgelegt, daß man den Versuch machen wollte, eine von der offiziellen Regierung unabhängige Nebenregierung zu konstituieren, die das beschlossene Verfassungswerk sabotieren und die Loslösung von England auf gewaltsamem Wege durchzuführen sollte. Der Entschluß zu derartig radikalem Vorgehen ist der englischen Regierung bestimmt nicht leicht gefallen.

Der Aufruf der Kongresspartei zum Boykott englischer Waren, dem sicherlich, wie die Erfahrung früherer Jahre lehrt, strikte Folge geleistet wird, bedeutet für Englands wichtigste und seit Aufgabe des Goldstandards gerade im ersten Aufblühen befindliche Textilindustrie von Lancashire einen sehr schweren Schlag.

Die Indien-Debatte im Unterhaus kurz vor der Vertagung, in der der rechte Flügel der Konservativen die allerheftigste Opposition gegen die offizielle Indienpolitik ausgesprochen hat, ist auf die jetzige Haltung der Regierung sicherlich nicht ohne Einfluß geblieben. Auf der anderen Seite haben die Erfahrungen der Round Table-Konferenz die englische Regierung gelehrt, daß der Einfluß der Kongresspartei in Indien nicht überschätzt werden darf. Bei den Zusammenstößen und während des Konferenzverlaufs ist Gandhi von den Vertretern der Minderheiten und von einer Zahl sehr stark vertretenen Unberührenden und Mohammedanern beehrt worden, daß er kein Recht habe, für Indien zu sprechen. Schließlich ist ja die Round Table-Konferenz nicht an dem bösen Willen der englischen Regierung, sondern an den unüberbrückbaren Gegensätzlichkeiten zwischen Gandhi-Anhängern und den übrigen indischen Gruppen, die unter sich zwar nicht einig, aber in der entscheidenden Frage der Minderheiten einig gegen Gandhi gestanden haben, gescheitert.

Einen Weg zurück hat sich die englische Regierung kaum offengelassen. Ein Kompromiß zwischen Kongresspartei und indischer Regierung erscheint nach der Verschärfung Gandhis und des Parteipräsidenten nicht mehr möglich.

Teilstreiks in Berlin

Berlin, 5. Januar. Unter dem Einfluß der AGO waren in einigen Berliner Werken Teilstreiks gegen den Lohnabbau auf Grund der Notverordnung ausgebrochen. Die Bewegung hat indessen keine weitere nennenswerte Ausdehnung erfahren. Immerhin flackerten an einigen Stellen kleine Streiks auf, während in mehreren anderen Betrieben bereits wieder gearbeitet wird. Seit heute früh streikten bei der Telegraphenbauanstalt Rudolf Krüger von 210 Mann 144, bei der Batteriefabrik Petritz von über 500 Mann etwa 250 und in der Wolfabrik Georges von 35 Mann 20.

Zwischen Streikagitatoren und Polizeibeamten kam es hier an zwei Stellen der Stadt zu Zusammenstößen. Als Polizeibeamte in der Sickingenstraße versuchten, mehrere Bettelankleber festzunehmen, ergrieffen diese die Flucht und gaben auf die Beamten mehrere Schüsse ab, die jedoch fehlgingen. Es gelang den Tätern, zu entkommen. In Charlottenburg wurde ein Arbeiter, der Flugblätter mit der Aufforderung zum Streik verteilte, festgenommen.

Zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Berliner Metallarbeiterverband finden heute Verhandlungen über die Auslegung der Tarifverträge, die Gewährnung der Leistungszulage usw. statt.

Verbilligtes Fleisch und verbilligte Kohlen

für Hilfsbedürftige

Berlin, 5. Januar. Im Rahmen der Winterhilfe hat die Reichsregierung weitere Mittel zur Verfügung gestellt, um für die nächsten Monate neben der Fleischverbilligung eine Kohlenverbilligung für die hilfbedürftige Bevölkerung durchzuführen. Die näheren Bestimmungen enthält ein Erlass des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers des Inneren vom 28. Dezember 1931. Danach sind zur Teilnahme an der Kohlenverbilligung berechtigt alle Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, die Familienzuschläge erhalten, ferner die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte in offener Fürsorge Unterstüzten, die einen eigenen Haushalt führen, und schließlich Empfänger der Zulagrente nach dem Reichsversorgungsgesetz, soweit sie einen eigenen Haushalt führen und ausschließlich auf Rente und Zulagrente angewiesen sind. Es werden Bezugscheine ausgegeben, die nicht übertragbar sind, und zwar für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge durch die Arbeitsämter, für die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützten Personen und für die Empfänger von Zulagrente nach dem Reichsversorgungsgesetz durch die Dienststellen der öffentlichen Fürsorge. Bezugsstellen für verbilligte Kohlen sind alle Kohlenverkaufsstellen, die sich bereit erklären, den Bezugschein in Zahlung zu nehmen und den sonst gegebenen Vorschriften zu entsprechen. Die Verkaufsstellen werden durch Aushang kenntlich gemacht. Jeder Berechtigte kann monatlich zwei Zentner verbilligter Kohlen erhalten. Der verbilligte Preis muß für den Zentner 30 Pfennige unter dem Tagespreis oder, sofern für Unterstützungsempfänger durch Preisnachlässe bereits Verbilligungen erzielt sind, 30 Pfennige unter den verbilligten Preisen liegen. Die Verbilligung wird für alle Arten von Kohle, auch für Braunkohlenbriketts gewährt.

Der erste für den Monat Januar gültige Bezugschein mit zwei auf je einen Zentner Kohle lautenden Abschnitten wird im Laufe dieses Monats ausgegeben werden. Gleichseitig gelangt ein weiterer, vier Wochen umfassender Bezugschein für verbilligtes Fleisch zur Ausgabe.

Umsatzsteuerbestimmungen im Januar zu erwarten?

Berlin, 5. Januar. Wie dem Nachrichtenbüro des V.D.S. an unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, ist mit dem Erlass einer Novelle zu den Durchführungsbestimmungen der Umsatzsteuer wegen der erhöhten Umsatzsteuer noch im Laufe des Januar zu rechnen. Voraussetzungen werden in der gleichen Zeit auch die Durchführungsbestimmungen zur Ausgleichsteuer erlassen, wobei es sich um die umsatzsteuerliche Erfassung der Einfuhr handelt. Dagegen dürfte noch geraume Zeit vergehen, ehe die von allen beteiligten Gewerbetreibenden gewünschte und in der Reichsnotverordnung auch vorgesehene Pfahnpauschalierung bei der Umsatzsteuer wirksam werden kann. Wie das Nachrichtenbüro des V.D.S. weiter erzählt, schweben in dieser Angelegenheit vorerst Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und der deutschen Textilindustrie. Man hat sich diesen einen für die Pfahnpauschalierung in Frage kommenden Gewerbezweig ausgewählet, um erst einmal an ihm in der Praxis die Wirkung der Pfahnpauschalierung beobachten zu können. Der früheste Termin für die Einführung der Pfahnpauschalierung bei den Waren der Textilindustrie werde aber dennoch nur der 1. April sein können, da die Erörterungen außerordentlich kompliziert und zeitraubend wären.

Vorläufig ergebnislos

Die Reichswasserstraßenkonferenz — Widerstand der größeren Länder

Berlin, 5. Januar. Die Länderkonferenz ist in der Frage der Ueberführung der Wasserstraßenverwaltung auf das Reich ohne materielles Ergebnis verlaufen. Es wurde vielmehr vereinbart, daß die Reichsregierung noch vor Mitte Januar eine neue beratende Zusammenkunft veranstaltet, zu der dann auch die zuständigen Minister der Länderregierungen eingeladen werden sollen. Demgemäß war die heutige Sitzung nur von kurzer Dauer.

Die Regierungen von Preußen, Bayern und Sachsen haben in dieser Besprechung ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Gesetzentwurf des Reichsverkehrsministeriums vertreten. Bei den Hansestädten und einigen kleineren Ländern, bei denen die Landes-kulturbewahrung in der sogenannten Mittelinstanz nicht in der gleichen Weise wie bei den größeren Ländern ausgeübt ist, zeigt sich die Bereitwilligkeit, auf die Vorschläge des Reichs einzugehen.

In einer Sonderbesprechung, die die Länder im preußischen Staatsministerium abhielten, einigte man sich auf eine gemeinsame Erklärung, daß die Länder bereit sind, jede Ersparnismöglichkeit wahrzunehmen, daß sie aber in dem von der Reichsregierung vorgeschlagenen Wege diese Ersparnismöglichkeit nicht erblicken können. Es sollen zunächst weitere Besprechungen zum Zwecke der Annäherung der beiderseitigen Standpunkte geführt werden, um dadurch die in Aussicht stehende Ministerzusammenkunft nach der heutigen ersten Sitzung vorbereiten zu können.

Ueber diese Sitzung ist auch noch eine amtliche Mitteilung ausgegeben worden, in der u. a. betont wird, daß die Länder mit Ausnahme der Hansestädte das Bedenken äußerten, daß durch die vom Reichsverkehrsministerium geplante Neuorganisation eine organische Reichsverwaltungsreform gefährdet werden könnte, weil wieder eine Reichssonderverwaltung geschaffen werden sollte, die aus dem Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltung gerissen werde.

Reichsverkehrsminister Trebitz betonte, daß die finanzielle Lage dazu zwingt, sich nicht mit Zwischenlösungen aufzuhalten, sondern unverzüglich die endgültige Organisationsform der Reichswasserstraßenverwaltung zu schaffen. Es sei für eine geordnete Verwaltung unumgänglich, daß das Reich die Verfügung über die Personalverhältnisse habe. Jeder Schematismus sei zu vermeiden. Unter Beteiligung des Reichspar-Kommissars und der Länderregierungen soll nun der Mindestbedarf an Behörden und Personal für die Reichswasserstraßenverwaltung festgestellt werden, um diese Zahlen dem Haushaltsplan für 1933 zugrunde zu legen.

Die sterbende Schifffahrt

Außer in Hamburg liegen 770 000 Tonnen Schiffsraum still

Hamburg, 5. Jan. Die Zahl der ausgelegten Schiffe im Hamburger Hafen hat im Januar ihren bisher höchsten Stand erreicht. Am 1. Januar wurden 175 stillgelegte Schiffe mit 770 000 Bruttoregistertonnen gezählt, darunter über 20 ausländische Dampfer und Tanker. Das Anwachsen der felernden Schiffe um 250 000 Tonnen im Dezember 1931 ist nicht zuletzt auf die englische Pfund-frise zurückzuführen, denn eine nicht geringe Anzahl von Schiffen dürfte aus diesem Grunde aus dem Verkehr gezogen worden sein. Einige Reedereien haben ihren gesamten Schiffsparc stillgelegt und fahren nur noch mit ausländischen Charter Schiffen.

Die angeblichen dänischen Kriegsmaterialelieferungen

Kopenhagen, 5. Jan. Unter den Ueberchrift „Eine französische Räubergeschichte“ meldet „Politiken“ heute, daß der „Matin“ am 30. Dezember die Nachricht gebracht habe, Dänemark liefere Kriegsmaterial an Deutschland. Dazu erklärt das für die Bewilligung der Ausfuhr von Kriegsmaterial zuständige Kriegsministerium: In Dänemark besteht ein Verbot für Ausfuhr von Kriegsmaterial jeder Art, und eine solche Ausfuhr kann nur mit Genehmigung des Justizministeriums stattfinden. Eine Genehmigung zur Lieferung von Kriegsmaterial an Deutschland ist nicht erteilt worden, ebenso sind auch Anträge auf Genehmigung von solchen Lieferungen nicht gestellt worden.

Damit dürfte diese „Räubergeschichte“ aus der Welt gebracht sein.

Amerikas Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz

Washington, 5. Januar. Verschiedene Dames begaht heute seine Besprechungen mit den einzelnen Regierungsdirektoren und den übrigen Mitgliedern der amerikanischen Delegation, um die Richtlinien für die verschiedenen Punkte der Abrüstungskonferenz genau festzulegen. In Regierungskreisen wurde dabei heute erneut betont, daß Amerika zuweilen brauchbare Resultate von der Abrüstungskonferenz erwarten zu können, wenn die amerikanische Regierung eine besonders deswegen optimistisch sei, weil in der ganzen Welt die augenblickliche Zwang zu größter Sparsamkeit auch die hartnäckigeren Regierungen zum Eingehen auf die Vermittlungsvorschläge veranlassen werde. Die Tagung werde sich hauptsächlich mit der Landbewaffnung befassen. In dieser Frage habe Amerika keine führende Rolle übernommen, da es weniger Truppen habe, als irgend eine andere Großmacht. Vorge man die Genfer Formel für die Berechnung der Effektivstärke der Reserven zugrunde, so komme in Amerika auf 900 Köpfe der Bevölkerung ein Soldat, während die Alliierten in Versailles sogar Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren auf je 600 Köpfe einen Soldaten zugebilligt hätten. Trotzdem werde Amerika keinen großen Einfluß ausüben, um die anderen Mächte zur Vermittlung ihrer Landheere auf wenigstens annähernd ähnliche Proportionen zu veranlassen.

Chicago in Rot

14 000 Schullehrer seit April ohne Gehalt

New York, 5. Januar. Die verzweifelte finanzielle Lage der Stadt Chicago hat zur Folge gehabt, daß rund 14 000 Schullehrer seit April kein Gehalt mehr bekommen haben. Diese Lehrer, die außerdem jetzt noch eine Gehaltsabbau unterworfen werden, haben in einer Eingabe den Staat gebeten, den Weiterbetrieb der Schulen zu ermöglichen. In Chicago mußten am letzten Montag nicht weniger als neun Abendschulen geschlossen werden, weil die Stadt kein Geld mehr für Heizung, Beleuchtung und Lehrergehälter aufbringen kann. Von der Stadt den Lehrern geschuldeten Gehälter betragen sich zurzeit auf 20 Millionen Dollar.

Rund um die Welt

Todesstrunk aus der Kaffeekanne

Raumburg, 5. Jan. Durch einen eigenartigen Vorfall kam einer der beiden drei Jahre alten Zwillingssöhne der Arbeiterheute Krüger in der Vorstadt Grochl ums Leben. Nachdem der eben aufgebrachte Kaffee in der Kanne auf den Tisch gestellt worden war, war Frau Krüger in den Nebentraum gegangen, um das sonst noch nötige Kaffeegeschirr zu holen. Diesen Augenblick benutzte der Knabe, aus der Kaffeekanne zu trinken. Er erlitt dabei schmerzhaft innere Verbrennungen, die seinen Tod herbeiführten.

Mutter tötet ihre zwei Kinder und versucht Selbstmord

Wittenberge, 5. Jan. Die hier mit ihren zwei Kindern, einem neunjährigen Knaben und einem achtjährigen Mädchen bei den Eltern zum Besuch weilende Frau Weiskau aus Altona öffnete die Gashähne ihres Zimmers und ließ die Kinder zu töten. Die beiden Kinder starben, das Kind der Mutter läßt auch ihren Tod befürchten. Der Vorfall soll auf eheliche Zwistigkeiten zurückzuführen sein.

Zwei Hundertjährige gestorben

Madrid, 5. Jan. Im Dorfe Baeca starb ein Mann im Alter von 107 Jahren, im Dorfe Boiro ein Einwohner im Alter von 105 Jahren. Die beiden alten Leute befanden sich bis zum letzten Augenblick im Besitz geistiger und körperlicher Rüstigkeit.

Der Dambruch bei Rehl

Rehl, 5. Januar. Der gestern früh erfolgte Dambruch bei Rehl an der Ringig hat eine Hochwasserkatastrophe hervorgerufen, die in dem ganzen Gebiet östlich von Rehl bis nach Auenheim die größten Schäden angerichtet hat. Im Laufe des Abends ergoß sich erneut durch die Bruchstelle des Ringig-Dammes ungeheure Wassermassen, die das neue Ringigbett rasch überfluteten. Gegen 10 Uhr drang die Flut in das Dorf Auenheim ein, das bald ein halbes Meter unter Wasser stand. Auch das obere Dorf war Gefahr, von rückwärts her überflutet zu werden. An den drei Gefahrenstellen wurde von freiwilligen Helfern schieberhaft gearbeitet, um den Fluten einen neuen Abzugsweg zu schaffen, den innerhalb einer Stunde war das Wasser um 40 Zentimeter gesunken. Bald war das ganze neue Dorf vollständig abgeschnitten und rogte wie eine Insel aus den Fluten. An dem durchbrochenen Bahndamm wird unermüdlich gearbeitet, es war aber bis Mitternacht nicht möglich, den Gleisen eine feste Unterlage zu geben, jedoch gelang es, die Einbruchsstelle teilweise abzudichten.

Das Hochwasser im Oberharz

Ein Todesopfer

Clausthal-Zellerfeld, 5. Januar. Wie aus Clausthal gemeldet wird, trat der Verbruch über die Ufer. Mehrere Brücken stürzten ein, Stallungen mußten abgerissen werden. Aus Wildemann wird berichtet, daß die Bahngleise an zwei Stellen auf etwa 100 Meter unterpült worden sind. Bei einer Brückeneinsturz kam ein Mühlenbesitzer ums Leben. Nach einer Meldung aus Goslar wurde die Hausfront einer Fabrik in einer Länge von über 30 Meter von der Gose unterpült und stürzte ein.

Noch ein Todesopfer des Hochwassers

Kassel, 5. Jan. Die Weser ist infolge der Schneeschmelze über die Ufer getreten und hat die Niederungsklammern überflutet. Bad Eilfen steht unter Wasser. Im Dorf Harbmuthachsen wurde ein Knabe von den Fluten fortgerissen; er ertrank.

Die Donau steigt

Wien, 5. Jan. Die Donau ist von gestern auf heute um vier Meter gestiegen. Das sogenannte Inundationsgebiet ist bereits überschritten.

Die... abend... ungl... wurde... die... find... lich... der... 6. Ja... Marti... größl... das... in... Haus... mit... liegen... zertr... wäher... Anna... waren... Haus... Bauer... ff... ein... Mann... dem... liebte... tat... Ange... lag... sonder... darauf... zuhänd... verschä... derte... die... gung... vor... mehr... tüchtig... die... vor... ihr... das... Ermah... verlässe... und... ha... ein... in... Eleetz... bingte... nicht... gerade... plöchlich... sah... man... stalt... die... ab... kann... Klamm... In... Vollst... finden... auch... sie... man... nacht... zu... Beho... Nachbar... Apfel... das... neu... reichen... gereicht... Stamme... rüd... wo... von... den... in... der... Speer... bedere... lungen... tum... auch... ein... viel... jungen... werden... über... den... munter... der... Ruch... wirft... dann... schl... dies... zwer... luchen...